

Motion von Niklaus Scherr (AL)

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zum Projekt „Räumliche Entwicklungs-Strategie“ (RES) vorzulegen. Im Rahmen dieses Projekts sollen nicht nur bauliche und ökologische Fragestellungen, sondern auch soziale, wohn- und gewerbepolitische Aspekte einbezogen werden.

Begründung:

Der Stadtrat hat im Rahmen der ersten Serie Zusatzkredite und jetzt erneut im Voranschlag 2009 im Zusammenhang mit dem Projekt RES verschiedene Kreditpositionen (Löhne, Dienstleistungen Dritter etc.) beantragt. Bei den Zusatzkrediten 1. Serie 2008 wurden für Löhne, Raumkosten und Dienstleistungen Dritter Fr. 555'000.- statt der beantragten Fr. 875'000.- bewilligt. Im Voranschlag 2009 sind erneut zusätzliche Kosten für das RES eingesetzt; insgesamt dürfte es sich um einen Betrag in der Höhe von rund 1 Mio Franken handeln.

Beim Projekt RES geht es sich nicht bloss um eine simple Stellenaufstockung im Rahmen des allgemeinen Verwaltungsauftrags. Vielmehr sollen gezielt Projektleiter angestellt und planerische Dienstleistungen Dritter eingekauft werden, um mittelfristige Raumentwicklungsstrategien für die Stadt zu entwickeln. Im Rahmen dieses Projekt werden - oder sollten es – zentrale Strategiefragen und Weichenstellungen für die künftige Stadtentwicklung erörtert, bei denen dem Gemeinderat, sowohl was die Ausgabenhöhe wie die Zielsetzungen anbelangt, ein Mitspracherecht zusteht. Bisher wurde bei diesen Planungen vorrangig bauästhetische, nutzungstechnische und ökologische Aspekte einbezogen. Dagegen fehlen gesellschafts- und sozialpolitische Aspekte (etwa die gesamtstädtischen Bedürfnisse an preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum) fast vollständig.

Die Erarbeitung dieser für die Stadt Zürich wegleitenden planerischen Konzepte darf nicht im stillen Kämmerlein von Verwaltung und Stadtrat erfolgen. Vielmehr ist eine breite öffentliche Debatte erforderlich. Unklar ist auch, wieweit das Projekt RES zu planerischen Doppelspurigkeiten in der Verwaltung führt. Aus all diesen Gründen wird mit der Motion die Vorlage einer separaten Weisung an den Gemeinderat verlangt..

Antrag auf dringliche Behandlung, allenfalls zusammen mit dem Voranschlag 2009.

